

Bürgerwehr mit SS-Tattoo



Alles andere als perfekt: Ein Platz für die Essener Bürgerwehr? (Foto: Gerne)

„Ich bin ja nicht rechts, aber“ gehört mittlerweile zum Standard-Repertoire des rechten Satzbaukastens. Der Sprecher der „Bürgerwehr“ in Witten kann jedoch mit einer ganz besonderen Pointe aufwarten. Nachdem er in einem Fernseh-Interview Verbindungen nach Rechts strikt leugnete, tauchte ein Foto seines SS-Tattoos im Netz auf. Nun möchte sich auch in Essen eine solche Bürgerwehr gründen und bekommt unerwartet Unterstützung.

Ausgerechnet im Essener Unperfekthaus sollte das erste Treffen stattfinden. Das ehemalige Klostertan an der Friedrich-Ebert-Straße ist seit 2004 eine Anlaufstelle für Aktive, Unternehmen und Künstler*innen jeglicher Couleur. Umso überraschender ist, wie bedenkenlos Gründer Reinhard Wiesemann der Bürgerwehr nun Räumlichkeiten zur Verfügung stellen möchte. In einem Rundschreiben begründete er seine offene Haltung. „Denn wenn wir Menschen, die sich engagieren wollen, ausgrenzen, dann radikalisiert sich die Gruppe. Und auch wenn manche in solchen Gruppen Parolen rufen, die die Mehrheit in Deutschland ablehnt, dann sollte man die Gruppe als Ganzes nicht ablehnen“, erklärt Wiesemann seine geistigen Verrenkungen. Er möchte die Essener Bürgerwehr unterstützen auf legalem Wege zur Sicherheit beizutragen und damit der Gesellschaft einen nützlichen Dienst zu erweisen. „Und wenn daraus dann eine tolle Truppe wird, die einen echten Beitrag zur Sicherheit leistet, dann haben wir alle gewonnen“, frohlockt Wiesemann in seinem Schreiben.

Eventuell hätte sich der Unperfekthaus-Gründer besser mal ein wenig in der Facebook-Gruppe „Bürger(wehr) Essen“ umgesehen. Um sich vorzustellen wie aus diesem Sammelbecken von AfDler*innen, Hogesa-Sympathisant*innen und besonders besorgten Bürger*innen etwas Nützliches entsteht, braucht es schon viel Phantasie. Ins Reich der frommen Wünsche müsste sich Wiesemann begeben, um sich vorzustellen, dass eine solche Bürgerwehr ohne rechte Umtriebe aus-

kommt. Zu eindeutig scheinen die meisten Profile der mittlerweile etwas mehr als 200 Gruppenmitglieder. Allen voran Bürgerwehr-Sprecher Pierre Müller, der laut eigenem Facebook-Post Mitglied der Rechtsrock-Band Oidoxic war.

Unperfekthaus in der Kritik

Mittlerweile hat das Unperfekthaus in Person von Reinhard Wiesemann einen veritablen Shitstorm am Hals. Doch statt in kräftigen Zügen zurück zu rudern, manövriert der Gründer den guten Ruf seines Hauses geradewegs vor die Wand. Am Freitagabend wollte das antifaschistische Bündnis „Essen stellt sich quer“ vor dem Haus gegen das Bürgerwehr-Treffen demonstrieren, daraufhin bekam Wiesemann kalte Füße und schloss die Räumlichkeiten aus Sicherheitsgründen. Anstatt sich nun von seinen bräunlichen Bürgerwehr-Schützlingen zu distanzieren, teilte Wiesemann weiter aus und sieht, ganz im Sinne der Extremismus-Theorie, „Extremisten und Demokratie-Feinde von links und rechts“ am Werk. Eine perfide Verdrehung zugunsten der bürgerlichen Privat-Milizen, die nun allorts wie Pilze aus dem Boden schießen.

Dazu genügt auch ein Blick in die umliegenden Städte des Ruhrgebiets. Auch in Bochum oder Duisburg gab es Bestrebungen auf den Straßen zu patrouillieren. Für besonderes Aufsehen sorgte eine Gruppe aus Witten, die im Gegensatz zu ihrem Essener Pendant das Gründungstreffen schon hinter sich hat und im Internet stolz mit eigens angefertigten Shirts posierte. „Bürgerwehr Witten“ prankte in altdeutscher Schrift auf blauem Grund. Das ließ aufhorchen: Sowohl die Westdeutsche Allgemeine Zeitung, der Blog Ruhrbarone, als auch die WDR-Lokalzeit berichteten. Sonderlich sauber recherchierten sie dabei allerdings nicht. Sonst wäre ihnen wohl aufgefallen, dass es auch bei den wehrhaften Wittenern mit der Distanzierung von rechts nicht weit her ist. Im WDR-Interview äußert sich der Sprecher Alexander K. im klassischen Sprech: „Wir sind nicht rechts noch links, wir sind komplett neutral.“ Auch ein Bild seiner öffentlichen Face-

Preiserhöhung im Wohnheim



Studierende sollen zukünftig mehr Miete zahlen. Wofür und was die Bewohner*innen dazu sagen, lest ihr auf Seite 3

Wannabe-Feminist*innen



Nach den Ereignissen der Kölner Silvesternacht haben Union und AfD ihre scheinfeministische Ader entdeckt. Wie sie bisher gegen die Emanzipation gearbeitet haben, lest ihr auf Seite 4-5

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter:
www.akduell.de

book-Seite zeigt das WDR und verweist auf ein Bild, das den germanischen Geist beschwört. Dass die Recherche an diesem Punkt beendet ist, muss mindestens als unzureichend beurteilt werden.

Eindeutiger Körperschmuck

Denn Alexander K. markiert nicht nur Seiten gegen Multikulti und Islamisierung mit „Gefällt mir“, sondern auch die der NPD. Spätestens da hätte man stutzig werden müssen. Aber auch ein kurzer Blick in die Bilder des 26-Jährigen hätte genügt. Ein Tattoo an der linken Hand springt sofort ins Auge: Der Sprecher der Bürgerwehr hat dort das Emblem der Schutzstaffel (SS) tätowiert. Alexander K. dürfte wissen, dass er sich damit vermutlich der Volksverhetzung strafbar machen könnte, schließlich ist sein Profil öffentlich. Ganz professionell hat er den inkriminierenden Körperschmuck beim TV-Interview mit dem WDR mit einem Pflaster überklebt.

Damit ist das Märchen von der unpolitischen Wittener Bürgerwehr zu Ende erzählt. Es bleibt abzuwarten, wann auch in Essen weitere Masken fallen. Vielleicht fällt dann auch bei Reinhard Wiesemann vom Unperfekthaus noch der Groschen. **[Autor*in bekannt]**

Regenbogenfarbene Kirchturmspitze

Kommentar

Debattenkultur à la Trump

Ein Kommentar von Simon Kaupen

Ich mag Menschen, die Dinge auch mal unkonventionell denken und sich nicht zu schade sind, ordentlich zu polemisieren. Ich mag Donald Trump.

Der Republikaner erinnert einen immer wieder eindrucksvoll daran, wie wichtig es ist, dass ein jeder Holzkopf seine Meinung in die Welt hinaus posaunen darf. Das nennt sich dann ganz einfach Meinungsfreiheit und die ist den Amis wichtig. So wichtig, dass eben auch ein Donald Trump mit all seinem Chauvinismus, plumpen Kultur-Rassismus und hirnlosem Aktionismus ein Teil der gesellschaftlichen Debatte ist. Zugegeben ein erschreckend beliebter Teil, aber das ist ein anderes Thema.

Denn bevor der Finger mit wohltuender Routine auf den bösen Amerikaner mit der eigenwilligen Frisur zeigt, lohnt ein Blick auf den hierzulande gepflegten Umgang mit unliebsamen Meinungen. Aktuellstes Beispiel sind die geplanten Fernsehdebatten bezüglich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die guten Demokrat*innen von SPD und Grünen wollen sich dort nicht mit den bösen Demokrat*innen von der AfD an einen Tisch setzen und diskutieren. Die Rechtspopulist*innen wurden daraufhin von der Debatte ausgeladen – ein Armutszeugnis.

Denn während sich viele bei Rot-Grün in der Flüchtlingsfrage sorgsam bemühen die Kanzlerin von rechts anzugreifen, ist man zum öffentlichen Meinungsstreit im TV nicht bereit. Doch wie will man die Salon-Rassist*innen der AfD in die Schranken weisen, wenn nicht auf dem öffentlichen Podium?

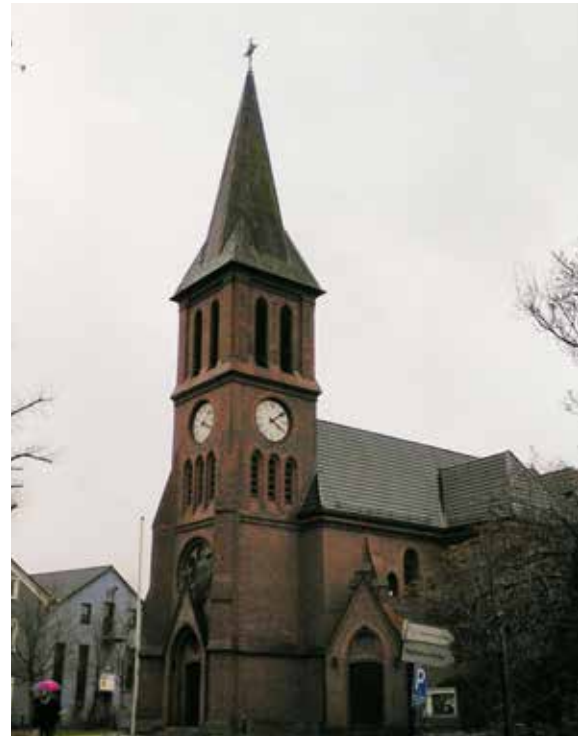
Abgesehen von der Frage, wie weit beispielsweise der SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mittlerweile von national-konservativen Positionen entfernt ist, muss man auch von den Genoss*innen auf Landesebene erwarten dürfen, dass sie sich einem demokratischen Diskurs stellen.

Und dort schließt sich der Kreis zu Donald Trump. Dessen Auslassungen sind ähnlich dümmlich wie die eines Björn Höcke, doch der Versuch ihn mundtot zu machen oder von der Debatte auszuschließen, bleibt aus. Trump wird von seinen Kontrahent*innen attackiert, seine Argumente zerpfückt und wenn nötig, wird er ordentlich veralbert. So sollte man es auch mit der AfD machen.

Die Evangelische Kirche scheint eine der wenigen Religionsgemeinschaften zu sein, der das „mit der Zeit gehen“ tatsächlich ganz gut gelingt. Frauen und Homosexuelle als Pfarrer*innen gibt es schon seit einigen Jahren. Ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung: Die rheinländische Landeskirche bietet seit dem 15. Januar dieses Jahres homosexuellen Paaren eine Trauung an. aktuell sprach mit Pfarrerin Marion Greve, Superintendentin der Evangelischen Kirche in Essen, über den Beschluss.

Die Evangelische Kirche zeigt sich mal wieder als eine der reformfreudigsten im Land. Während die Katholik*innen seit Jahrzehnten Diskussionen darüber führen, ob der Pfarrer nicht auch mal eine Pfarrerin sein könnte, gab es in der Evangelischen Kirche die erste Ordination von Frauen in den meisten Landesverbänden bereits vor über 50 Jahren. Seit 20 Jahren sind in allen Landesverbänden Pfarrer und Pfarrerinnen gleichgestellt. Die rheinländische Landessynode zeigt sich nun besonders offen. „Ich persönlich freue mich sehr und bin dankbar über den einmütigen Beschluss der Landessynode 2016, an dem ich persönlich mitgewirkt habe“, sagt Marion Greve. Bereits seit dem Jahr 2000 war die gottesdienstliche Begleitung für gleichgeschlechtliche Partner möglich, seit Mitte Januar dieses Jahres nun auch die Trauung. Die Evangelische Kirche im Rheinland ist dabei nach Hessen Nassau erst die zweite Landeskirche, die Homosexuellen eine Trauung ermöglicht. Doch nicht alle Landeskirchen teilen diese tolerante Haltung gegenüber Homosexuellen. „Abgelehnt wird eine Segnung weiterhin in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. In den übrigen Landeskirchen ist eine Segnung zwar möglich, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen“, sagt Marion Greve. Für sie gilt jedoch: „Bleibendes biblisches Kriterium für alle Beziehungen ist vielmehr: Wird in der Beziehung das Doppelgebot der Liebe gelebt - Liebe, Treue und Verantwortung.“

Nicht nur auf Landesebene, auch innerhalb der Gemeinden wurde viel über den Beschluss gesprochen. „Betroffene haben sehr aufmerksam die offene und gute Diskussion der Landessynode verfolgt und freuen sich über die Gleichstellung“, sagt Marion Greve und fügt hinzu: „Natürlich gibt es auch Gemeinden und Menschen, die sich mit diesem Beschluss schwer tun. Sobald wir über Sexualität reden, spricht jeder auch immer über sich selbst. Manche fühlen sich mit



Trauungen in der Evangelischen Kirche sind nun auch für Homosexuelle möglich (Foto: dav)

ihrer eigenen Identität in Frage gestellt – andere sind verunsichert.“

Auch wenn der Beschluss auf den ersten Blick ein wichtiger Schritt in Richtung Akzeptanz und Gleichstellung ist, offenbart er bei genauerem Hinsehen noch ein paar Schönheitsfehler. Pfarrer*innen können sich weigern, die Trauung vorzunehmen, was Marion Greve auch in Essen nicht ausschließt: „Das Ringen um die Auslegung der Bibel ist so alt wie die Bibel selbst. Es könnte also durchaus unter den 120 evangelischen Pfarrerinnen und Pfarrern auch diejenigen geben, die die gleichgeschlechtliche Trauung mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können.“ In diesem Fall wird die Trauung von einem*r andere*n Theolog*in durchgeführt. Auf die Frage, ob andere Landeskirchen bald ebenfalls Trauungen Homosexueller anbieten werden, antwortet Pfarrerin Greve: „Ich weiß, dass andere Landeskirchen, wie die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg, auf dem Weg sind – jedoch werden wir deutschlandweit noch einige Jahre mit der Vielfalt von Regelungen leben müssen.“

Bisher sind in der Evangelischen Kirche Essen laut Marion Greve noch keine Anfragen eingegangen: „Das neue Gesetz muss erst noch seine Wirkkraft entfalten – es wäre spannend, Ende 2016 im Rückblick eine erste Bilanz zu ziehen.“ Bleibt noch die Frage, warum es der Evangelischen Kirche leichter fällt, Reformen anzustoßen, als beispielsweise der Katholischen Kirche. Pfarrerin Greve erklärt bibeltreu dazu: „Es legt bei uns niemand mit dogmatischer Autorität fest, was geglaubt werden muss. Um beim Auftrag Jesu zu bleiben, dürfen und müssen wir Neues ausprobieren!“ [dav]

Studierendenwerk erhöht Mieten in allen Wohnheimen

Post von den Vermieter*innen – für Viele allzu oft eine unangenehme Überraschung. So auch für etwa 2.400 studentische Mieter*innen in Duisburg, Mülheim und Essen. Der Inhalt eines aktuellen Anschreibens vom Studierendenwerk Duisburg-Essen lautet nämlich: „Leider sind wir gezwungen, zum 1. Februar 2016 die Mietpreise in den Studierendenwohnheimen um 20 Euro je Wohnplatz zu erhöhen.“ Das Studierendenwerk hält die Forderung für gerechtfertigt – Bewohner*innen des Wohnheims Auf der Union am Essener Campus wollen sich dagegen wehren.

20 Euro Mieterhöhung pro Nase und Monat: Für viele Studierende ist das ein Haufen Geld. Deshalb treffen sich 18 Mieter*innen nach Sonnenuntergang im Wohnheim Auf der Union zum Krisentreffen. Den Unmut kann man ihnen ansehen, mit verschränkten Armen und steifen Mienen sitzen sie beisammen. „Ich empfinde die Erhöhung als viel zu hoch: 258 Euro für ein Zimmer in dieser Lage ist ein stolzer Preis. Da kriegt man in Essen-Nord günstigere Wohnungen, kann sich die Mitbewohner selbst aussuchen und hat auch eine schönere Küche“, beschwert sich Studentin Luise.

Die Mieterhöhung sei dem Betreiber der Wohnheime nicht leicht gefallen. Studierendenwerk-Pressesprecherin Petra Karst erklärt den Schritt im Gespräch mit der aktuell: „Die Mieterhöhung ist erforderlich, weil wir viele Jahre keine vorgenommen haben, aber die Kosten, beispielsweise für die Entwässerung, das Personal und die Wartung, gestiegen sind.“ Für die Mieter*innen am Essener Campus sind die Preissteigerungen dagegen bislang undurchsichtig und nicht transparent genug. Bei Vollbelegung bedeuten die Erhöhungen immerhin 576.960 Euro Mehreinnahmen pro Jahr für das Studierendenwerk.

Weitere Erhöhungen?

Und die Studierenden fürchten, dass die Miete in den kommenden Wintersemestern immer weiter steigen könnte. Auch das will das Studierendenwerk nicht ausschließen: „Die Kosten müssen eben dort gedeckt werden, wo sie entstehen. Sollten weitere Erhöhungen nötig werden, dann werden wir das transparent an der Differenz zwischen Kosten und Einnahmen machen“, so Sprecherin Karst weiter.

Vor allem der zweite Absatz des aktuellen Schreibens ist Gegenstand der Kritik beim abendlichen Treffen der Bewohner*innen Auf der Union. Darin ist die Rede von den bisherigen sehr aufwändigen Sanierungen einiger Wohnheime, wie auf der Eckenbergstraße in Essen und der Kammerstraße in Duisburg. Photovoltaik-Anlagen, Regenwassertanks für die Klospülung, Bewegungsmelder und neue Thermostate sollen Ressourcen und langfristig



Das Wohnheim Auf der Union am Campus Essen. Hinter diesen Fenstern regt sich Unmut gegen die geplante Mieterhöhung. (Foto: mac)

auch Kosten schonen. Davon haben die Bewohner*innen hier bislang nichts: „Die Mieterhöhung ist nicht gerechtfertigt, weil unser Wohnheim im Vergleich zu anderen Wohnheimen seit Jahren nicht saniert wurde. Die Neuerungen im Schreiben treffen auf uns einfach nicht zu“, sagt Student Martin*.

Mängellisten statt moderner Sanierung

Die Studierenden berichten dagegen von langen Mängellisten, die sie bereits an das Studierendenwerk geschickt haben: „Die Küchen sind wirklich alt, wir haben keinen richtigen Backofen und der PVC-Boden ist einfach nicht mehr sauber zu bekommen. Wenn da fünf Generationen Studenten drin gewohnt haben, muss der einfach ausgetauscht werden“, ärgert sich Martin weiter. Auch sein Nachbar Jan* findet: „Entweder kommt jetzt ein Entgegenkommen in Punkto Sanierung, oder keine Mieterhöhung. Beides zusammen – steigende Mieten und mangelnde Leistung – geht halt nicht.“

„2.000 Plätze können nicht gleichzeitig in Schuss gebracht werden. Wir bauen an allen Ecken und Enden. Wir haben eben mit den ältesten Häusern begonnen. Da war es Zeit, da musste es passieren“, sagt dagegen Karst vom Studierendenwerk. Studentin Luise ist dagegen überzeugt, dass auch eine mangelnde und einseitige Kommunikation mit dem Studierendenwerk das Hauptproblem sei. „Es ist einfach schwierig ins Gespräch zu kommen.“ Sie findet, die Wohnheime sollten sozialeres Wohnen bieten, als das derzeit der Fall ist: „Die Wohnräume hier sind nicht gerade auf Gemeinschaft

und Kommunikation ausgelegt. Jeder ist hier unter sich. Es war schwierig, überhaupt Zugang zum Gemeinschaftsraum im Keller zu bekommen“, so Luise.

Offenes Wohnheimplenum

Die Mieter*innen der Hausnummern 4a bis 8b Auf der Union wollen sich jetzt organisieren und der Mieterhöhung etwas entgegen setzen. „Wir empfehlen eine E-Mail ans Studierendenwerk zu schreiben in der steht, dass die Mieterhöhung erst mal nur unter Vorbehalt gezahlt wird. Damit sichert man sich rechtlich ab. Denn es ist noch gar nicht klar, ob die Erhöhung, zumindest hier Auf der Union, rechtmäßig ist“, so Luise.

Außerdem laden sie alle, die in einem Wohnheim des Studierendenwerks in Duisburg, Essen oder Mülheim wohnen sowie Unterstützer*innen am Mittwoch, 27. Januar, zum offenen Plenum ein. „Die Mieter*innen sollten sich mit anderen organisieren und laut werden. Es geht nicht nur ums Geld sondern darum, dass diese Struktur nicht im Sinne der Studierenden ist. Es ist kein sozialer Wohnraum und das muss sich ändern“, sagt Luise. [mac]

*Namen von der Redaktion geändert

Mietpreiserhöhung? So nicht!

– Offenes Wohnheimplenum

Mittwoch, 27. Januar, 18 bis 21 Uhr,
Hörsaalzentrum Essen, So5 Too Bo8

Die Frauenschützer*innen der Nation



CDU/CSU und Sexismus? Nicht nur die Jugendorganisation der Unionsparteien geht mit Sexismus auf Stimmenfang (Screenshot: fro)

Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht zogen eine breite rassistisch geladene Debatte nach sich, die Anklage in sämtlichen Bundesparteien fand. Sexualisierte Gewalt und Sexismus wird in der Diskussion nahezu ausschließlich als Importprodukt dargestellt. Besonders interessant ist, dass sich CDU/CSU sowie die AfD quasi über Nacht in den Schutzensel (natürlich deutscher) Frauen verwandelt haben. Eine Rolle, die in Anbetracht bisheriger Äußerungen und Programmatiken der Parteien lediglich als doppelmoralischer Versuch gesehen werden kann, Wähler*innenstimmen zu generieren.

Vor allem AfD und CSU nutzen die Gunst der Stunde, mal wieder aus dem populistischen Nähkästchen zu plaudern und rassistische Ressentiments zu verbreiten. Immerhin stehen demnächst in einigen Bundesländern Landtagswahlen an und auch die Bundestagswahlen rücken näher. Während die CSU um Horst Seehofer „unsere Werte“ in Gefahr sieht und in etwas eleganter ausgedrückter NPD-Manier sinngemäß Parolen wie „Kriminelle Ausländer abschieben“ skandiert, macht die AfD gleich pauschal die Zuwanderung geflüchteter Menschen und die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung für die sexuellen Übergriffe verantwortlich. Eine Auseinandersetzung mit Sexismus und sexualisierter Gewalt bleibt aus. In den Augen der Rechtspopulist*innen handelt es sich anscheinend um ein Importproblem. Damit betreiben sie allerdings nichts anderes als Augenwischerei.

Eigenwillige Vorstellung Frauen zu respektieren

1997 war für Frauenrechtler*innen ein historisches Jahr. Bis dato galten Vergewaltigungen und sexuelle Nötigung in der Ehe nicht als Straftat. Nach mehreren Versuchen von SPD

und Grünen in den 1980er Jahren, eheliche Vergewaltigungen als identischen Strafbestand zu klassifizieren, wiesen das CDU/CSU mit der Begründung ab, Ehefrauen könnten mit dem Hinweis auf eine Vergewaltigung Abtreibungen rechtfertigen. Erst 1997 gelang es in einer namentlichen Abstimmung, eheliche Vergewaltigungen mit in den dies umfassenden Paragraph 177 zu etablieren. 470 Abgeordnete stimmten dafür, eheliche Vergewaltigungen unter Strafe zu stellen, 35 enthielten sich und 128 stimmten dagegen. Unter ihnen war neben Peter Ramsauer (CSU) und Erika Steinbach (CDU), deren Umgang mit Sozialen Netzwerken immer wieder Anlass zum Fremdschämen bietet, auch der heutige bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer. Respekt vor Frauen, wie die CSU es nun von Migrant*innen fordert, ist in der Ehe scheinbar keine erforderliche Tugend.

„Frauen an den Herd!“

Ein Blick auf die Positionen der Parteien zeigt schnell, dass es die selbsternannten Frauenschützer*innen mit der Emanzipation von Frauen selbst nicht allzu ernst nehmen. Erst vergangenes Jahr beschloss das Bundesverfassungsgericht, dass das 2012 durch die Unionsparteien und FDP verabschiedete Betreuungsgeld nicht verfassungskonform ist. Das Betreuungsgeld wurde an Familien ausbezahlt, die ihre Kinder nicht in Kindertageseinrichtungen schickte, sondern sich selbst um den Nachwuchs kümmerte – was von Konservativen zumeist als Aufgabe der Frau betrachtet wird, wie internationale Erhebungen zeigen. Die ironische Bezeichnung als „Herdprämie“ scheint treffend. Statt die öffentlichen Betreuungsangebote auszubauen, manifestierte die schwarz-gelbe Koalition lieber die zugeschriebenen Geschlechterrollen: Der Mann als erwerbstätiger Familiernährer, die Frau als von ihm abhängige Kinderbetreuerin und Haushaltsmanagerin. Vor allem eines

verhindert diese antiemanzipatorische Politik: Die berufliche Gleichstellung von Frauen weiter voranzutreiben.

Dass die Kindererziehung vorwiegend noch immer als Aufgabe der Frau gesehen wird, hat neben den stereotypen Geschlechterrollen vor allem auch ökonomische Gründe: Laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verdienen Frauen noch immer für die gleiche Arbeit rund 30 Prozent weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen: Auch in Führungspositionen sind Frauen benachteiligt – sicherlich begünstigt durch politische Maßnahmen wie dem Betreuungsgeld und den damit einhergehenden Geschlechterrollen. Laut Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) liegt der Frauenanteil in Aufsichtsräten bei 18,9 Prozent, in Vorständen bei 5,8 Prozent. Vergangenes Jahr beschloss der Bundestag eine seit dem 1. Januar 2016 geltende gesetzliche Frauenquote von 30 Prozent für Aufsichtsräte großer Unternehmen. Allerdings gilt das nur für neu zu besetzende Stellen. Und auch nur für die 108 börsennotierten Unternehmen. Etwa 2.500 weitere Unternehmen müssen sich der Frauenquote verpflichten, jedoch ist ihnen die Prozentzahl bezüglich der Quotierung selbst überlassen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend scheint enormes Vertrauen in den emanzipatorischen Willen der deutschen Wirtschaft zu haben.

Sehr eindeutig positionierte sich auch die AfD-Jugend 2014 gegen Feminismus. Mit selbstgemalten Plakaten benannten sie Gründe, weshalb sie sich als antifeministisch verstehen. Damit blies die rechtskonservative Jugend ins selbe Horn wie die Partei auf Bundes- und EU-Ebene und propagierte den Fortbestand des traditionellen Familienbildes. Immerhin seien „Mann und Frau [...] nicht gleich, auch wenn die Genderforschung das behauptet“, meint Parteivorsitzende Frauke Petry. Und auch Hardliner Björn Höcke ist der Ansicht, Gender Mainstreaming solle zum Wohle der „natürlichen Geschlechterrollen“ umgehend beendet werden. Frei nach dem Motto „Frauen an den Herd!“ möchte die AfD also die Gleichstellung von Frauen, die noch immer deutliche Nachteile im Beruf haben, verhindern. Beatrix von Storch, Europaabgeordnete für die AfD und stramme Antifeministin, echauffiert sich nicht nur über sexuelle Vielfalt und ihre Thematisierung in der Schule, sondern spricht sich auch prinzipiell für das Verbot von Abtreibungen aus.

#ausnahmslos

Während der öffentlichen Debatte rund um die Kölner Silvesternacht riefen 20 Feminist*innen den Hashtag #ausnahmslos ins Leben. Ihr Ziel ist es, einen Diskurs über Sexismus und sexualisierte Gewalt innerhalb der Gesellschaft zu führen. Zwar geschieht gerade eine Auseinandersetzung mit den Themen, doch kritisieren die



Gegen Rassismus und sexualisierte Gewalt: die Kampagne #ausnahmslos möchte einen antirassistischen Diskurs dazu anregen. (Foto: fro)

Initiatorinnen die Ausrichtung der Debatte: „Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird.“ Sie kritisieren es scharf, dass die Themen Sexismus und sexualisierte Gewalt lediglich auf „muslimische, arabische, [...] oder nordafrikanische Männer“ bezogen werden. Damit wird verkannt, dass es sich um kein Importproblem handelt. Sexualisierte Gewalt ist nämlich auch ein deutsches Problem. Eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRAU) aus dem Jahr 2014 gibt an, dass mehr als die Hälfte aller Frauen sexueller Belästigung ausgesetzt war und ein Drittel Opfer sexualisierter Gewalt wurde. Laut polizeilicher Kriminalstatistik wurden im selben Jahr bundesweit 7.300 Vergewaltigungen und Fälle sexueller Nötigung zur Anzeige gebracht. Die Dunkelziffer liege aber deutlich höher, schätzen die Initiatorinnen.

Sexualisierte Gewalt und Sexismus müsse ein allgegenwärtiges Thema sein, das sich keiner rassistischen Denkmuster bedient. Von daher müssten vor allem Aufklärungsarbeit und bessere Beratungsangebote etabliert werden und öffentliche Behörden sowie Polizei und Justiz für das Thema stärker sensibilisiert werden. Außerdem müsse die Gesetzeslage geändert werden. Der Paragraph 177 des Strafgesetzbuches bezieht sich auf sexuelle Nötigung und Vergewaltigungen. Je nachdem, mit welchen Mitteln der Täter die sexuelle Handlung erzwungen hat, erfolgt nach Verurteilung eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Es reicht aber nicht aus, wenn die betroffene Person weint oder „Nein“ sagt: Der Täter muss entweder durch Gewaltanwendung, Gewaltandrohung oder durch Ausnutzen einer schutzlosen Lage am Opfer vergangen haben. Andernfalls ist der Tatbestand der sexuellen Nötigung oder

Vergewaltigung nach deutschem Strafrecht nicht anfechtbar. Als das Strafgesetzbuch 2014 geändert wurde, sah Maas allerdings noch keinen Grund, diesen umstrittenen Paragraphen zu ändern. Erst Anfang dieses Jahres stellte er Bestrebungen vor, die Gesetzeslücken zum Schutz vor sexueller Straftaten zu schließen und die Rechte der Opfer zu stärken.

Antisemitische Initiatorinnen?

Gegen Sexismus und Rassismus – grundlegende Prinzipien, die auch die Amadeu Antonio Stiftung begrüßt. Dennoch kritisiert die Stiftung: „Ein Blick auf einige Erstunterzeichner_innen zeigt, dass anscheinend eine Sensibilisierung beim Thema Antisemitismus bei den Initiator_innen der Kampagne nicht im ausreichenden Maße vorhanden ist.“ Auf der Liste der Unterstützer*innen tauchen auch Personen auf, die in der Vergangenheit mit israelfeindlichen Positionen aufgefallen sind. So veröffentlichte die Bürgerrechtsaktivistin Linda Sarsour 2012 bei twitter beispielsweise den Satz „Nichts ist gruseliger als Zionismus“ (im Original: „Nothing is creepier than Zionism“), während Angela Davis zur Teilnahme an der internationalen Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (übersetzt: Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen, kurz: BDS) zur Delegitimierung des Staates Israels aufrief. Die Initiatorinnen der Kampagne #ausnahmslos schreiben zwar, dass sie sich von den politischen Ansichten der Unterstützer*innen distanzieren. Die Amadeu Antonio Stiftung entgegnet aber: „#ausnahmslos sollte sich dementsprechend nicht nur gegen Rassismus und Sexismus, sondern auch gegen alle Formen der Diskriminierung von Menschen, also auch gegen Antisemitismus wenden. Gerade in Zeiten einer stärker werdenden rassistischen Mobilisierung ist es wichtig, dass die Sensibilisierung für die enge Verknüpfung von Rassismus und Antisemitismus Thema wird.“ [fro]

Beluschen!

Tonabnehmer



Raus mit der Plattenkiste, neue und alte Lieblings-Schmuckstücke rein und dann auf zum Tempel im wunderschönen Duisburg. Habt ihr noch die ein oder andere lustige oder kuriose Anekdote zu euren Tracks zu erzählen? Das wäre perfekt – aber auch Zuhörer*innen sind eingeladen. Für alle, die ihre Tracks mit an den Start bringen wollen: Achtung, Achtung, Achtung: Vinyl only!

↗ **Freitag, 29. Januar, ab 20 Uhr, Tempel Duisburg, Peschmannstraße 2, Eintritt frei**

Ballern!

Semesterausstiegsparty

Für Klausuren lernen? Das kann auch noch ein verkatertes Wochenende warten! Am Freitag wird traditionsgemäß wieder zur Semesterausstiegsparty in der Alten Duisburger Feuerwache geladen. Günstiges Bier und preiswerte Longdrinks laden bei bester musikalischer Untermalung zur wochenendlichen Eskalation der Extraklasse ein. Kommt vorbei!

↗ **Freitag, 29. Januar, ab 23 Uhr, Alte Feuerwache Duisburg, Friedenstraße 5-7, 5 Euro**

Bilden!

Fluchtursachen in den Balkan-Staaten

Wo über die Zuwanderung von geflüchteten Menschen geredet wird, wettern auch schnell Rechte gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“ vom Balkan. Dabei verkennen sie jedoch die schlechte Lebenssituation vieler Menschen in Osteuropa. Geschichtsdozent und Buchautor Max Brym referiert über Fluchtursachen in den Balkan-Staaten.

↗ **Dienstag, 02. Februar, Volkshochschule Essen, Burgplatz 1, ab 19 Uhr, Eintritt frei**

Machtpolitische Strategie

Die bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse in der Türkei scheinen von Tag zu Tag schlimmer zu werden. Jegliche Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Kurd*innenkonflikts ginge langsam verloren. Und inmitten dieser prekären Lage stehe ein Staatspräsident, der sich nur eins wünsche: Die Verfassung an seine politische Realität endlich anzupassen. aktuell sprach mit dem Politologen, Migrationsforscher und Türkei-Experten Dr. Burak Çopur vom Institut für Turkistik, der Universität Duisburg-Essen über die politische Strategie und die verfehlte Syrienpolitik von Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan und seiner AKP.

Rückblick: Nach 12 Jahren verlor die islamistisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) am 7. Juni 2015 erstmals ihre alleinige Regierungsmacht. Die Kurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) hatte es geschafft, ins Parlament zu ziehen. Doch dieser Erfolg war nicht von langer Dauer. Die Koalitionsverhandlungen scheiterten. Von Versöhnung und Normalität unter den Parteien war keine Spur. Recep Tayyip Erdogan setzte Neuwahlen an und sicherte der AKP am 2. November 2015 wieder die absolute Mehrheit. Die Friedensverhandlungen mit der PKK wurden bereits vor der Neuwahl abgebrochen. Was ebenfalls Teil seines Wahlkampfes sein könnte.

Seither befindet sich die Türkei in einer Gewaltspirale: Die schweren Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Kämpfer*innen der in Deutschland als Terrororganisation gelisteten PKK kosten zahlreiche Opfer, darunter etwa 200 Zivilist*innen. In von der kurdischen Bevölkerung bewohnten Gebieten gibt es zurzeit Ausgangssperren. Im Südosten des Landes herrschen katastrophale Zustände. Laut dem neusten Amnesty International Report sind in den Unruheprovinzen 200.000 Menschen lebensbedrohlich gefährdet.

Die aktuellste, den Medien bekannte Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und PKK-Anhänger*innen kostete 23 Tote. Streitkräfte gaben an, in den Provinzen Sirnak und Diyarbakir 19 PKK-Anhänger erschossen zu haben. Durch eine Sprengfalle seien zudem drei Polizist*innen eines Konvois umgekommen. In Cizre gab es einen besonders traurigen Vorfall: Laut der prokurdischen HDP sei ein 10-Jähriger durch einen Mörserangriff von Sicherheitskräften getötet worden. Es herrschen bürgerkriegsähnliche Verhältnisse gegen die nichts unternommen wird. Ganz im Gegenteil: Kritiker*innen sehen darin eine machtpolitische Strategie.

Gefährliche Strategie

Çopur sieht die größte Gefahr im Hoffnungsverlust der Kurd*innen. „Wenn selbst die Menschen nicht mehr an eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts glauben, wird es schwer, den zentralen Konflikt in der Türkei zu lösen und dieses Problem

wird zu weiteren Instabilitäten im Land führen“, sagt er. Das Ziel des Präsidenten: Die Verfassung an seine machtpolitische Realität anzupassen und ein autoritäres Präsidialsystem zu errichten, wofür er eine Zweidrittelmehrheit im Parlament benötigt. Der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung sei dabei ein strategisches Vorgehen für einen politischen Systemwechsel, erklärt der Türkei-Experte Çopur.

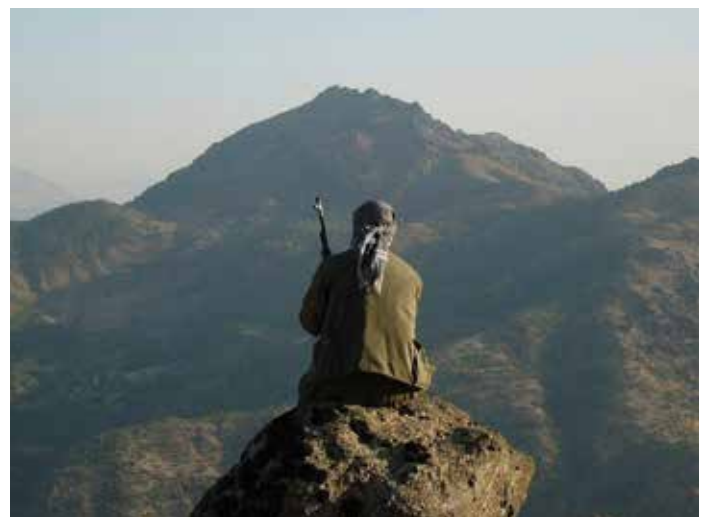
Die gegenwärtig umkämpften Gebiete sind Hochburgen der prokurdischen HDP. „Erdogan möchte dort die HDP-Stammwählerschaft vertreiben und ihre Beziehung zur HDP kappen“, meint der Politologe. „Wenn die HDP bei den nächsten Wahlen unter die zehn Prozent gedrückt wird, ist das ein wesentlicher Schritt die Verfassung mit einer AKP-Parlamentsmehrheit zu verändern oder ein Verfassungsreferendum zur Einführung eines Präsidialsystems einzuleiten“, erläutert Çopur. Zudem wolle Erdogan die Stimmen der ultranationalistischen Partei MHP für die AKP gewinnen. Er nutze das gleiche Freund-Feindschema der Parteien. MHP-Anhänger*innen griffen im vergangenen Jahr bereits Büros der prokurdischen HDP und Geschäfte an, rissen Schilder ab und warfen mit Steinen auf die Gebäude. „Deswegen spielt der Staatspräsident momentan auch auf der nationalistischen Klaviatur und heizt die Stimmung immer mehr an, wie zum Beispiel in der aktuellen Debatte gegen die kritischen Wissenschaftler“, so Çopur. Nachdem kürzlich 1.128 Wissenschaftler*innen einen öffentlichen Aufruf gegen Gewalt in Kurd*innengebieten unterzeichnet hatten, beteuerte Erdogan in einer 20-minütigen Schimpfriade, dass es sich um reine Terrorpropaganda der Akademiker*innen handele. Schließlich wurden einige der Unterzeichner*innen verhaftet.

Eine verfehlte Syrienpolitik

Nicht nur der Krieg zwischen der Regierung und der kurdischen Bevölkerung belastet das Land massiv, auch das Sicherheitsproblem gefährdet Menschen. „Es kann ja nicht sein, dass innerhalb von kurzen Abständen der IS in der Stadt Suruc über 20, in Ankara über 100 und dann in Istanbul 10 Menschen umbringt und die Sicherheitskräfte und Geheimdienste anscheinend diese Anschläge nicht verhindern können“, so Çopur und bezeichnet den Sicherheitsapparat als Handlanger des Staatspräsidenten. Erdogan habe den polizeilichen Staatsschutz und den türkischen Geheimdienst MIT vernetzt. Geheimdienstchef Hakan Fidan funktioniere nun als Enthüllungsgehilfe. Nachdem Fidan 2015 kurzfristig zurücktrat, um als AKP-Mitglied fürs Parlament zu kandidieren, habe ihn Erdogan dann schnell wieder zurückge-

pfiffen. Er brauche ihn schließlich, um aus dem MIT eine Art „türkische Stasi“ zu entwickeln, folgert Forscher Çopur in einer seiner Publikationen.

Neben dem scheinbar bewussten oder unbewussten Wegschauen des Geheimdienstes seien die Anschläge das Ergebnis einer verfehlten Syrienpolitik. „Die Türkei ist in der Vergangenheit ein Transitstaat für jihadistische Kämpfer*innen gewesen. Erdogan hat sich aus rein konfessionellen Gründen auf die Seite der sunnitisch geprägten syrischen Rebellen geschlagen, unter denen eben auch jihadistische Kämpfer waren, beziehungsweise



*Eine friedliche Lösung des Kurd*innenkonflikts erscheint inzwischen hoffnungslos. (Foto: flickr.com/kurdishstruggle (CCBY 2.0))*

se sind“, erklärt der Politikwissenschaftler. Damit hätte Erdogan sich mit einer Kriegspartei in Syrien in Konflikt gebracht. Jetzt werde Erdogan seine Geister, die er mit dem IS rief, nicht mehr los.

„Die Türkei ist auf dem besten Wege zu einem failed state“

Blickt man in die Zukunft der Türkei, erscheint sie besorgniserregend. Sie könnte sich auf dem besten Weg zu einem „gescheiterten“ Staat befinden: Mit einer Politikführung, die ihren Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwohl der Bevölkerung nicht mehr gerecht werden könnte oder möchte. „Wenn es so weiter geht mit den Konflikten, dem IS-Terror, der Korruption aber auch den gesellschaftlichen, sozialen Problemen, kann es passieren, dass die Türkei mehr und mehr zu einem fragilen Staat wird“, so Burak Çopur. Auch die Europäische Union sollte diese Entwicklung nicht unterschätzen, da instabile Verhältnisse und Kriege ja gerade der Auslöser für die Flucht von Menschen seien. Erdogan wird gegenwärtig scheinbar ausschließlich mit der Rolle des großen Grenzschützers in Verbindung gebracht. Trotz der prekären Verhältnisse werden Gespräche über einen Drei-Milliarden-Deal und eine mögliche EU-Mitgliedschaft geführt. Gleichzeitig verfolgt man eine Flüchtlingspolitik, die Menschen davon abhalten soll, sich auf den Weg nach Europa zu machen und jede Woche steigt die Zahl der Toten in der Türkei. [BRIT]

Kämpfen um jeden Meter



Dieser Baum ist besetzt – Bemühungen von Aktivist*innen die hunderte Jahre alten Bäume zu retten. (Foto: Gerne)

Der Braunkohletagebau Hambach des Energiekonzerns RWE in der Nähe von Köln wird weiter ausgebaut. Trotz Widerstand von Aktivist*innen sollen weitere Teile des sich dort befindenden Hambacher Forst, der von Manchen „letzter Urwald Mitteleuropas“ genannt wird, dem Tagebau weichen. Seit Oktober 2015 wird bereits wieder gerodet - und es soll noch bis Anfang März dieses Jahres weitergehen. In der Woche vom 22. bis 31. Januar haben Umweltschützer*innen eine Aktionswoche gegen die Abholzung geplant.

Früher war der Hambacher Forst fast 6.000 Hektar groß. Seit mehr als dreißig Jahren wird der Wald jedoch stetig verkleinert, da RWE 1977 die Genehmigung für den Standort als Braunkohletagebau bekam. Mittlerweile sind von dem einst großen Wald weniger als 500 Hektar übrig. Doch auch diese sollen nach Plänen von RWE noch gerodet werden., obwohl die Erweiterung nicht wirtschaftlich ist. Im Tagebau Hambach werden pro Jahr rund 40 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Die Erweiterung des Tagebaus ist nicht nur im Hinblick auf den im November geschlossenen Klimavertrag von Paris absurd. Denn die Braunkohleförderung und -verstromung gehört zu den weltweit größten Verursachern

von CO₂. Naturschützer*innen und Kohlegegner*innen leisten aktiven Widerstand.

Blockaden und Zusammenstöße

Die Wald- und Straßenbesetzungen sind Protestformen, die über die legalen Demonstrationsrechte hinausgehen, weshalb es häufiger Inhaftierungen gibt. Diese Protestform ist eine bewusste Entscheidung, da die Aktiven auch keine Legitimität in der Zerstörung des Waldes durch RWE sehen. Auf ihrem Blog schreiben sie: „Diese Besetzung ist ein Versuch, einen lebendigen Aushandlungsprozess in Gang zu bringen darüber, wie wir mit der Problematik der Klima- und Umweltzerstörung umgehen sollten.“

Die Aktivist*innen blockieren und sabotieren die Rodungsarbeiten im Wald regelmäßig und kommen daher auch in den direkten Konflikt mit dem Personal von RWE. In einer Pressemitteilung vom 22. Januar wird aus aktivistischer Sicht von einer brutalen Auseinandersetzung zwischen Besetzer*innen und

dem RWE Sicherheitsdienst berichtet: „Gegen 14:00 Uhr kam es zu einer Auseinandersetzung mit Aktivist_innen des Kohlewiderstandes. Sowohl von diesen, als auch von Seiten der Securities flogen Steine. Dies eskalierte noch zusätzlich, als ein Sicherheitsdienstleister drei Besetzer_innen mit seinem Jeep überfuhr. Ein Schwerverletzter war nicht mehr fähig, sich selbst in Sicherheit zu bringen und wurde daraufhin von den Securities weiterhin attackiert, auf die Ladefläche des Fahrzeuges gepackt und verschleppt.“ In einem von einer Aktivistin gedrehten Video ist zu sehen, wie ein RWE-Jeep auf die sich auf der Brücke befindenden Menschen zufährt. Inwiefern jemand dabei verletzt wurde, ist nicht klar zu erkennen. RWE spricht in einer Pressemitteilung vom 21.01 von einer „neuen Stufe der Gewalt.“ Tagebauleiter Thomas Körber verurteilte dieses „aufs Schärfste“ und kündigte an: „Wir werden mit allen juristischen Mitteln dagegen vorgehen.“ Zu den Steinwürfen und Angriffen auf Aktivist*innen durch die RWE-Security wird trotz der belastenden Aufnahmen und Augenzeugenberichten jedoch keine Stellung bezogen.

„Tag X“ vielleicht schon morgen

Eine Räumung des besetzten Waldes durch die Polizei kann jederzeit erfolgen, die Aktivist*innen sind stets in Erwartung des „Tag X.“

Bereits dreimal wurden die besetzten Waldstücke komplett geräumt, zuletzt im März 2015. Dabei wurden gezielt die Bäume gefällt auf denen die Besetzer*innen leben. Denn für die Besetzung des Hambacher Forsts haben die Aktivist*innen in schwindelerregender Höhe Baumhäuser konstruiert. Welche Aktionen in der Rodungswoche bis zum 21. Januar oder am „Tag X“ stattfinden, kann nur durch Absprachen vor Ort entschieden werden. Alle Aktivist*innen müssen für sich entscheiden, an welcher Protestform sie sich beteiligen möchten – ob bei friedlichen Sitzblockaden oder der aktiven Baumbesetzung.

Auch ein Camp am Rande des Hambacher Forst gibt es seit mehreren Jahren. Diese Flächen gehören einer Privatperson und können daher nicht durch die Polizei geräumt werden. Tim Wiese* engagiert sich seit drei Jahren bei den Protesten. Zurzeit kocht er im Protestcamp für die Aktivist*innen. In der Aktionswoche sind das bis zu 70 Menschen.

Spaziergang bis zur Abbruchkante

„Jeder Mensch kann hier rumkommen und beispielsweise den Waldspaziergang mitmachen“, sagt Tim. Diese bietet der Waldpädagoge Michael Zobel seit April 2014 monatlich an – durch den „Hambacher Forst oder was davon noch übrig ist.“ Er möchte möglichst vielen Menschen zeigen, wie vielfältig der Wald ist, der bald vollständig dem Kohletagebau weichen soll. Welche Tiere in ihm leben und natürlich auch über den Aktivismus sprechen, der hier seit mehr als drei Jahren praktiziert wird. Diesen Januar nahmen 267 Menschen an der Führung teil. Neben der Sichtung der bereits gerodeten Stellen des Forstes, sahen sie in einem der ältesten Wälder Nordrhein-Westfalens beispielsweise hunderte Jahre alten Hainbuchen und Stieleichen.

[Gerne]

*Die Aktiven benutzen während der Besetzungen Synonyme.

Info:

Die Aktionswoche im Hambacher Forst läuft noch bis zum **31. Januar**. Wer die Besetzer*innen unterstützen möchte, kann Lebensmittelspenden, Brennholz oder Winterkleidung in das Camp bringen. Jeden Sonntag gibt es im Camp um 14 Uhr zum Austausch über die Aktionen ein solidarisches Kaffeetrinken, zu dem jede*r kommen kann. Der Waldspaziergang mit Michael Zobel findet das nächste Mal am **14. Februar** statt. Für weitere Infos schreibt eine Mail an info@zobel-natur.de. Termine und ein Ticker über die Besetzung findet ihr auf:

www.hambacherforst.blogspot.de.

Wer es findet, darf es behalten

Dem klischeebehafteten Bild des*der Autor*in ist man vermutlich schon öfter über den Weg gelaufen, als man vielleicht möchte. Ein zurückgezogener Typ Mensch, der so wenig wie möglich mit Anderen redet, kaum Interviews gibt und sich der Öffentlichkeit komplett verweigert. Was geschieht nun aber, wenn fanatische Leser*innen doch einen Einblick in die Welt der Schreibenden ergattern wollen und sich dabei in extreme Situationen stürzen?

Viele Autor*innen haben es vorgemacht und er hat daraus eine packende Geschichte entworfen: Stephen King hat bis dato über 54 Romane geschrieben, die sich an die 250 Millionen mal verkauft haben. In *Finderlohn* (OT: *Finders Keepers*) erzählt er, was eigentlich passiert, wenn Schreibende zu Gejagten werden.

Die Grundidee ist recht einfach. Ein begabter Autor namens John Rothstein veröffentlicht ziemlich schnell hintereinander drei erfolgreiche Romane und abrupt nichts mehr. Der psychopathische Verehrer Rothsteins, Morris Bellamy, sieht das als Beleidigung und Verrat an und ermordet Rothstein, weil ihm das Ende des letzten veröffentlichten Romans nicht zusagte. Als eine Art Beute klaut Bellamy alle Notizbücher, Zettel und eine große Menge Geld, die er beim Verstorbenen finden kann und vergräbt sie. Dummerweise wird er für ein komplett anderes Verbrechen inhaftiert und erst nach 25 Jahren entlassen. In dieser Zeit hat aber bereits der 12-jährige Peter Saubers die Habseligkeiten entdeckt, rettet mit dem Geld die Ehe seiner Eltern und will abschließend aus den Notizbüchern erfolgreiche Romanreihen machen. Voller Wut macht sich Bellamy nach seiner Freilassung auf die Suche nach Saubers und den Notizbüchern, während der in die Jahre gekommene Ermittler Bill Hodges Jagd auf den Mörder (Bellamy) macht.

Zwischen den Zeilen

Ob man diese Storyline nun interessant genug findet, um sich eine Ausgabe zuzulegen, sei erst einmal dahingestellt. Viel interessanter ist doch, dass King mit *Finderlohn* mehrere verschiedene Ebenen aufmacht, unter denen das Werk betrachtet werden kann. Zum einen stellt sie den fanatischen Rezipienten dar, der eifrig an den Werken festhält und über deren Verbleib entscheiden will. Die Grenzen zwischen Realität und Fiktion haben

sich vermischt und er vermag nun nicht mehr zu unterscheiden, was sich in Buchform oder im wirklichen Leben abspielt. Zum anderen ist dort der analytische Part, der das Werk nicht nur erst einmal schätzen lernen muss, sondern auch weiß, dass es immer weitere Auslegungen des Werkes geben muss, um den ästhetischen Wert zu erkennen und zu wahren.

Obwohl die Geschichte auf den ersten Blick wie eine typische Verfolgungsjagd daherkommt, spielt sich das Drama doch eher zwischen dem Mörder und dem Teenager ab, da die Beiden genau eine Sache verbindet: das ständige Verlangen, immer weiterzulesen – koste es, was es wolle. Doch nicht nur die offensichtlichen Fakten sprechen für Kings aktuellstes Werk, auch einige versteckte Botschaften und „Easter Eggs“ machen den Leser*innen Lust, das ganze Buch in einer Nacht durchzuwälzen.



So hat beispielsweise der Erfolgsautor Rothstein einige Charakterzüge der Schriftsteller Philip Roth und J.D. Salinger erhalten. Letzterer wurde vor allem durch sein Werk *Der Fänger im Roggen* bekannt. In diesem Buch wird die rebellische Figur des Holden Caulfield geschaffen, der einige Parallelen zu dem fiktionalen und von Rothstein geschaffenen Protagonisten Jimmy Gold aufweist. Weiterhin ist *Der Fänger im Roggen* das Buch gewesen, das der Attentäter Mark David Chapman gelesen hatte und bei sich trug, als er John Lennon in New York erschoss. Somit schließt sich also der Kreis, der fanatischen Anhänger*innen von Autor*innen – und in diesem Fall auch von Songwriter*innen. *Finderlohn* ist nicht nur ein weiteres Stephen King-Werk, sondern ein mit Gimmicks verladenes Buch, das auch zum Auseinandersetzen mit der Geschichte und dem heutigen Fankult anregt. [bjg]

HIRNAKROBATIK

4		9				
2		4		1	9	
8	9		6	7		
	6		4	5	8	
		7	6			
	4	8	5		7	
		3	4		6	8
	8	5		3		7
			9			5

WOHNHEIMGESCHICHTEN



Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Marie Eberhardt (mal), Linda Gerner (Gerne), Daniel Veutgen (dav), Britta Rybicki (BRIT), Simon Kaupen (ska), Björn Gögge (bjg)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de